

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld.

**Abonnementpreise:** einschließlich Ertragssteuern monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.  
**Verlagsadresse:** Dresden, Volkszeitung.  
**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Verlagszeit:** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.  
**Anzeigenpreis:** die 9 gespaltene Komparativzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 196 Dresden, Mittwoch den 23. August 1922 33. Jahrg.

## Der Tag der Entscheidung Landtagsauflösung oder Volksentscheid?

Heute wird der sächsische Landtag seine Ferien unterbrechen und zu einer Zwischensitzung zusammentreten, um über das von den bürgerlichen Parteien eingeleitete Volksbegehren wegen Auflösung des Landtags zu verhandeln. Dieses Volksbegehren entsprang der ohnmächtigen Wut der Reaktion über den Beschluß der sozialistisch-kommunistischen Landtagsmehrheit auf Erklärung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen. Es gelang der Reaktion, die in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei willige und eifrige Sachwalter fand, auch die Demokraten und den einzigen Zentrumsmann, der im sächsischen Landtage sitzt, vor ihren Wogen zu spannen, so daß alle bürgerlichen Landtagsfraktionen und Parteien Sachsens einig und geschlossen gegen den erwähnten Landtagsbeschluß Sturm liefen. Sie forderten die Auflösung des Landtags und machten sich dabei zum ersten Male die freiheitliche, aus der Revolution geborene neue Landesverfassung des Freistaates Sachsen zunutze, die die Aenderung von Beschlüssen der Volksvertretung durch den Aufruf des ganzen Volkes zum Volksentscheid vorseht. So sucht die Reaktion aus jeder Krücke Honig zu saugen und sie benutzt dabei auch ohne jedes Bedenken die von ihr selbst viel verlässeren freiheitlichen Bestimmungen des neuen Landesverfassung zur Verfolgung ihrer rückwärts gerichteten Pläne.

Im Hinblick auf das einige Auftreten des gesamten Bürgertums, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum und den Demokraten, und angesichts der Art, wie man die Unterschritten für das Volksbegehren in diesen Fällen mit den unantwerstbarsten Mitteln direkt ergaunerte, ist es kein Wunder, daß im ganzen Lande 518 778 gültige Unterschritten zusammengeholt wurden. Soll das Volksbegehren auf Volksentscheid über irgendeinen Beschluß des Landtages gelten, dann muß dieses Volksbegehren nach der Landesverfassung von einem Zehntel der Stimmberechtigten zur letzten Landtagswahl unterschrieben gestellt werden. Da bei dieser letzten Wahl am 14. November 1920 2 967 974 Stimmen abgegeben wurden, würden 296 798 Stimmen genügen zur Gültigkeit des Volksbegehrens. Diese Zahl ist wesentlich überschritten worden, so daß also dem Volksbegehren auf Einleitung des Volksentscheides über die Auflösung des Landtages freier Lauf gelassen werden muß.

Die Mehrheit der Fraktionen im Landtage könnte es ruhig auf diesen Volksentscheid ankommen lassen, da es bei der heutigen Lage der Verhältnisse, nach dem Waid von Rathenau und angesichts der gegen Volk und Verfassung gerichteten Umtriebe der Nationalisten ganz ausgeschlossen erscheint, daß die bürgerlichen Parteien bei der wie eine Wahl vor sich gehenden Abstimmung eine Mehrheit der Abstimmungsberechtigten für die Auflösung des Landtages gewinnen könnten. Im Gegenteil, die revolutionären Parteien würden zweifellos den Tag des Volksentscheides zu einem glänzenden Rechtfertigung der Politik der jetzigen Landtagsmehrheit und der aus ihr hervorgegangenen sozialdemokratischen Regierung zu gestalten vermögen, vorausgesetzt, daß sie den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Reaktion einig und geschlossen zu führen gewillt sind.

Dabei kann aber, das muß offen ausgesprochen werden, leider keine Rede sein. Denn in allen wichtigen Fragen eine gehenden Reichssozialisten und Unabhängigen im Landtage hat die kleine kommunistische Fraktion, ohne die eine Mehrheitsbildung der Linken nicht möglich ist, mehr als einmal Anknüpfel zwischen die Beine gemworfen und damit die Geschäfte des Bürgertums und der Reaktion verzerzt. So wurde, um nur einige Beispiele zu nennen, seinerzeit das Gehalt des sozialdemokratischen Justizministers und Wäters der vom unabhängigen Innenminister geforderte Aufwänd für die Staatspolizei von den Kommunisten gemeinlich mit den Bürgerlichen abgelehnt. Schließlich haben allerdings die Kommunisten in ihrer Angst vor der eigenen Courage und in der Furcht vor der Abrechnung der Arbeiterbewegung mit ihrer den Wünschen und Wünschen des Bürgertums entgegenkommenden Politik doch für den Gesamtetat gestimmt und so der sozialdemokratischen Regierung das Weiterwirken ermöglicht. Trotzdem haben sie aber gleich den Bürgerlichen immer wieder die Auflösung des Landtages gefordert, und auch jetzt verlangen sie kategorisch einen in diesem Sinne gehaltenen Beschluß des Landtages, wodurch das Volksbegehren auf Volksentscheid über diese Auflösung von selbst erledigt sein würde.

Die beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen hätten gar keine Veranlassung, diesem Verlangen auf Landtagsauflösung entgegenzutreten, da ihre Wahlausichten gerade heute im Hinblick auf die Verdrehen der Reaktion und die nur dieser Reaktion die enden Egratouren der Kommunisten günstiger stehen als je vorher, wenn nicht durch eine vorzeitige Auflösung des Landtages die Verabschiedung außerordentlich wichtiger, für die sozialistische Arbeiterbewegung und für das Volksganze lebensnotwendiger Gesetze schwer gefährdet und für absehbar Zeit überhaupt in Frage gestellt würde. Erinnert sei nur an die Gemeindefrage nach unter Dach und Fach zu bringen, haben sich die beiden sozialistischen Parteien den bürgerlich-kommunistischen Forderungen auf Auflösung des Landtages bisher widersetzt. Wenn dem Volksentscheid freier Lauf gelassen würde,

dann bestünde die Möglichkeit, vor seinem Abschluß die schwebenden Vorlagen und vor allen Dingen die Gemeindeverfassungsreform noch zu vollenden. Diese wäre dann gesichert, auch wenn es die Kommunisten fertig bringen sollten, ihre Anhängerschaft dazu aufzurufen, beim Volksentscheid mit dem gesamten Bürgertum für die Auflösung des Landtages zu stimmen und dadurch die Landtagsauflösung vor dem ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlperiode herbeiführen zu helfen, ein Beschluß, der eben nur bei einem Zusammengehen der Kommunisten mit dem geeinten Bürgertum gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien denkbar wäre.

Diese Parteien könnten auch diesem Lauf der Dinge freie Bahn lassen und dadurch die verräterische Haltung der Kommunisten der ganzen Welt vor Augen führen, wenn sie nicht selbst ein starkes Interesse daran hätten, die großmäuligen Behauptungen der bürgerlichen Parteien, die Mehrheit des Volkes stehe heute nicht mehr hinter der Mehrheit im Landtage, so bald als möglich durch eine neue Landtagswahl auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Wenn das ohne Gefährdung der noch zu verabschiedenden wichtigen Vorlagen möglich gemacht werden könnte, dann hätten zweifellos auch die sozialdemokratischen Parteien gegen die Landtagsauflösung nichts einzuwenden. Einen Weg zu dieser Möglichkeit sucht ein Antrag unserer mehrheitssozialistischen Landtagsfraktion zu bahnen, der in der Landtags-sitzung am 23. August mit zur Verhandlung gestellt werden wird. Er will die Möglichkeit einer beschränkten Landtagsauflösung schaffen, um dadurch zu verhindern, daß für den Fall einer Landtagsauflösung zwischen dieser Auflösung und der Neuwahl eine landtagslose Zeit liegt, und zu erreichen, daß in der festgesetzten Frist, in der der neue Landtag gewählt werden muß, auch ein aufgelöster Landtag bis zum Zusammentritt des neu gewählten weiterwirkt. Eine parlamentslose Zeit würde dadurch ausgeschlossen werden und die Vollendung der Gemeindeverfassungsreform wäre gesichert.

Da es sich bei dem Antrage um eine Verfassungsänderung handelt, ist zu seiner Annahme die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten in der beschlußfassenden Sitzung und eine Zweidrittelmehrheit der in der Sitzung Anwesenden erforderlich. Vom Schicksal dieses Antrages wird es abhängen, ob die sozialdemokratischen Fraktionen heute der Landtagsauflösung, ohne den Volksentscheid abzuwarten, zustimmen werden oder nicht.

### Die Berliner Reparationsverhandlungen

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den in Berlin weilenden Vertretern der Reparationskommission sind im Laufe des Dienstag fortgesetzt worden. Reichsfinanzminister Dr. Serrin unterrichtet die Herren Bradu und Wauciere eingehend über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage. Im Auftrage der Reichsregierung hat er in seinen Ausführungen seinen Besten dazu gemacht, daß die auf der Londoner Konferenz von Frankreich offiziell beantragten Garantien für ein Koratorium unannehmbar sind, und daß auch

sonstige Goldgarantien unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands nicht getragen werden können. Am Nachmittag sprachen die ausländischen Delegierten beim Reichsfinanzminister vor, um ihm vor ihren bisherigen Eindrücken und ihren Absichten Mitteilung zu machen. Diese Unterredung sollte heute vormittag 10 Uhr Gegenstand einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei sein. Der bisherige Verlauf der Besprechungen läßt erwarten, daß sich die Verhandlungen und das französische Votale des Garantiekomitees vor Sonntag jedenfalls nicht nach Paris zurückgeben werden.

### Einigung der deutschen Sozialisten Polens

Am Sonntag tagte in Kattowitz ein Einigungsparlament der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pommern, Lodz und Pilsn teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Der Einigungsparlament begrüßt den Zusammenbruch des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irredentistischen Bestrebungen fern und beurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen andern proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie beauftragt die Parteileitung, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenbruch aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet wahren und seine Mittel sichern, um für die Rechte der Widerbeiden einzutreten und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht bezieht die Konferenz, die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Polnisch-Oberschlesien geltende Sozialgesetzgebung auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird.“

Die Reife der deutschen Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialisten Polens wieder in einer Partei zusammengefunden. — Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie Polens ist der Genosse Kowoll, Redakteur am Volkswillen in Kattowitz.

### Polenfinische Dörfer

Die von Moskau bezogene Presse der Kommunisten veröffentlicht seit einiger Zeit wieder die wunderbaren Nachrichten über das Sowjetlandes wirtschaftlichen Aufschwung. Diesen Zahlen muß man mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen. Was die russische Landwirtschaft anbelangt, so ist die Ausfaatfläche für Wintergetreide gegenüber dem Hungerjahre 1921 um weitere zehn Prozent zurückgegangen. Der Rückgang des Sommergetreides wird von der Zeitschrift Der Wiederaufbau auf mindestens 25 Prozent geschätzt. Saatensand und Ernteaussichten werden von der statistischen Zentralverwaltung der Sowjetrepublik als etwa mittel bezeichnet gegen etwas untermittel im Jahre 1921. Sowjetrußland wird auch in diesem Jahre eine Einfuhr von 1 bis 1½ Milliarden Pud Getreide nötig haben, wenn nicht wieder Hungernödie großen Umfangs auftreten sollen. — Was die Industrie anbelangt, so leidet sie unter einer schweren Abwärtsentwicklung infolge Verminderung der Kaufkraft und an Kapitalmangel. Die Industrieproduktion beträgt gegenwärtig höchstens 25 Prozent der Vorkriegsproduktion.

## Seipels Wallfahrt

Berlin, 23. August. Der Reichspräsident empfing heute abend 7 Uhr den österreichischen Botschafter Dr. Seipel, den Finanzminister Serrin und den österreichischen Gesandten in Berlin Dr. Riedl.

Nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Deutschösterreich ist die Londoner Konferenz verhängnisvoll geworden. Das Ansuchen der Regierung Seipel, dem Bruderlande die längst verheißene und immer wieder verzögerte Kredithilfe von 15 Millionen Pfund Sterling zu gewähren, ist abgewiesen und auf die lange Bank geschoben, d. h. dem Bitterbrot zur Begünstigung überwiesen worden. Aber selbst wenn dieser, der keinerlei eigenes Vermögen besitzt, das Geld irgendwo zusammenzutrommeln sollte — was ganz undenkbar ist —, gefolgt wäre Österreich damit doch nicht. Mit solchem Pflaster kann man die gefährliche Wunde, die sich tief in seinen Staatskörper eingestrichen hat, wohl für ein Weilchen zudecken, aber nicht heilen. Sie wird immer wieder aufbrechen, solange der Kern des Übels, die Passivität der Handelsbilanz, nicht beseitigt ist.

Das aber kann auch die neue Rotentbank, das können überhaupt staatsfinanzielle Maßnahmen nicht erreichen. Österreichs Lage ist völlig hoffnungslos; dieses allgemeine Urteil findet seinen Ausdruck in dem steten rasenden Sturz der wertigen Dinge. Der Laib Brot kostet zur Stunde 4800, eine Straßenbahnfahrt 450, ein Pfund Fett 15 000, eine Paargutsche 400 000, ein Kugig eine Million Kronen. Dabei steht man am Vorabend neuer gewaltiger Preissteigerungen. In gleichen Maße wachsen natürlich auch die Ausgaben des

Staates für die Gehälter seiner Angestellten. Berechnungen ergaben Zahlen, die wir bisher nur in der Astronomie neuwen hörten; man spricht von 2½ Billionen Reichsmark.

Ein Mittel gäbe es, Österreichs Niedergang aufzuhalten: Der Anschluß an Deutschland. Aber den verhindert die Entente — auch hier, wie bei allem Unvernünftigen, marschieren Paris vornan —; sie verbietet die Verbindung, ohne den Preis, den sie für die widernatürliche Unabhängigkeit zu zahlen versprochen hatte, entrichten zu wollen. Darüber ist nach dem Londoner Entscheid kein Zweifel mehr. So entschloß sich Herr Seipel, auf eigene Faust zu handeln. Schon vor einigen Tagen kündigten die Blätter seine Reise nach Prag und Berlin an. Ganz klar war der Zweck dieser Wallfahrt von Anfang an nicht, und er ist nicht durchsichtiger geworden, nun er Prag wieder verlassen und sich nach Berlin begeben hat. Sicher ist nur, Seipel will nach Paris und London hin demonstrieren. Es scheint ferner, nach den Mitteilungen des scheidewegischen Korrespondenzbüros, daß er Benech die Frage vorgelegt hat, ob es für Österreich nicht besser sei, statt in der Hoffnung auf den Völkerverbund zu gehen, sich wirtschaftlich oder politisch an einen der Nachbarstaaten anzuschließen. Aber Benech, der sich natürlich Frankreich verpflichtet fühlt, hat vorstellig abgewinkt. Die Tschecho-Slowakei könnte gewiß ihrem unglücklichen Nachbarökonomisch helfen, und sie selber hätte Nutzen davon, denn sie leidet bei dem Hochstand ihrer Krone unter dem Wangel an Warenabnahmefähigkeit. Aber sie will ihrem großen Verbündeten nicht vorgreifen. Das ist allerdings anzunehmen, daß der kluge Benech, dessen Stimme im Entente-Rat etwas wiegt,

Apparate  
mungen  
AGEN  
und  
orthopädi  
ger  
Anfang 24  
Jorn  
Gypling  
Tel. 21 778  
Müller  
und an  
Ferb.  
nert  
Ludwig 24  
pal-Vort  
öhler  
Tel. 28 487  
gerle  
h. Dresd  
De 45  
trich  
L. Leipzig  
Boltz  
amen-  
Keim  
se  
f.  
Kurz-  
strick,  
w. usw.  
Well-  
Spielw.  
feldzer  
Tel. 10 c  
ermart.  
chnitt  
erart.  
48 c.  
Küste  
Hüte  
—  
2027  
re  
12  
er 600  
Tabak  
partie  
dager  
rel —  
Fala-  
Hollen  
Wels-  
strel,  
er  
Pala-  
str. 9  
2 —  
ags-  
hr-  
2268  
chl.  
ang  
36  
der,  
statio  
36  
ische  
Licht  
Ano-  
ten  
19  
eck  
ikel  
und  
11  
Ball  
had  
10  
e  
Ge-  
rel  
iere  
ute  
ake  
ub-  
uh.  
tra  
stia  
rra  
vett.  
ille

in London und Paris Oesterreichs Sache führen und die Dringlichkeit des Falles betonen wird. Er wird sagen: Wollt ihr ein unabhängiges Oesterreich, so sorgt, daß es leben kann — mit andern Worten: so jagt! Sonst ist sein Ende oder — der Anschlag unvermeidlich.

Daß Herr Seipel nun nach der kühnen Ablehnung in Prag etwa in Berlin wegen des Anschlusses nachfragen werde, ist kaum zu erwarten. Der Anschluß könnte auch gerade in diesem Augenblick weder Deutschland noch Oesterreich willkommen sein. Aber vielleicht, schreibt die Frankf. Ztg., führt die Idee des österreichischen Bundeskanzlers ein Stück weiter, indem sie zum ersten Male an den Gedanken rührt, ob nicht, um neue Katastrophen von Europa abzuwenden ohne Rücksicht auf ehemalige Gegner und Feindschaften eine völlige Neuordnung Mitteleuropas, das so eng aufeinander angewiesen ist, möglich ist. In Prag hält man das heute noch für Experimente, und es ist auch klar, daß solche Pläne nicht in einer Nacht reifen können. Vielleicht hat aber doch Herr Seipel auf lange Sicht Recht, wenn er den mitteleuropäischen Gedanken wieder ausgräbt. Ohne einen Erfolg dafür wird Oesterreich jedenfalls nicht leben können.

### Kleine politische Nachrichten

#### Kommunistische Heldentaten

Die beiden sozialistischen Parteien hielten gestern Abend in Berlin Protestveranstaltungen gegen die Moskauer Todesurteile ab. In einer dieser Versammlungen, in der der Abgeordnete Dr. Rosenfeld, einer der Verteiliger der angeklagten Sozialrevolutionäre, über seine Erfahrungen in Moskau sprach, unterbrachen die im Saal anwesenden Kommunisten den Redner durch Zwischenrufe und Lärm. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß die Kommunisten die Bühne kletterten und Dr. Rosenfeld am Weiterreden hinderten. Darauf verließen die Versammlungsteilnehmer und der größte Teil der Teilnehmer den Saal, während die zurückgebliebenen Kommunisten eine eigene Versammlung abhielten.

#### Der Ausbrot

Die Ausbrotung des Marktes trifft, wie dem Berliner Tageblatt aus Köln gemeldet wird, täglich Scharen von Ausländern im besetzten Gebiet ein, die dort abes, dessen sie habhaft werden können, zusammenkaufen. Man schätzt ihre Zahl auf 200.000. Eine Anzahl Kölner Firmen sind, als ein Verkaufsplatz von 50 bis 100 Prozent für die nicht zur Verfügung gehörigen Ausländer seinen Erfolg hatte, dazu übergegangen, den Verkauf an Ausländer zu sperren und ihre Geschäfte überhaupt oder für mehrere Stunden zu schließen.

#### Faschistentrawalle in Bogen

Innsbruck, 22. August. Nach einer Meldung der Innsbrucker Nachrichten aus Bogen kam es dort am 22. August zu Faschistentrawallen, deren Anlaß die Enttarnung der Triflore auf dem Gebäude der Kunsthochschule durch bisher unbekannte Täter war. Obwohl die Polizei am nächsten Tage zurückgegeben wurde, forderten die Faschisten die Beschlüßigung zu einer Schließung der Schule, welche Forderung sich auch das Stadtkommissariat anmaßte, das die Kundgebung selbst anordnete. In letzterer erschien jedoch nur eine große Menge Faschisten, aber keine Polizei. Hierauf durchzogen die Faschisten die Stadt und demolierten mehrere deutsche Geschäfte.

#### Abgelehnte „Retorikonen“

Wie der Kampf meldet, haben sich die Handelskammern von Kolmar, Reims und Straßburg gegen die Beschlagnahme deutscher Fonds und Werte bei alljährlichen Banken auszusprechen.

### Internationale Landarbeiter-Konferenz

Die vor 2 Jahren gegründete Internationale Landarbeiter-Organisation trat am 15. August im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtags in Wien zusammen. Von den 18 angeschlossenen Verbänden waren die Vertreter von Dänemark, Deutschland, England, Holland, Italien, Oesterreich, Polen, Schottland, Tschechoslowakei (ein deutscher und ein tschechischer Verband), Ungarn und Lettland durch Delegierte anwesend. Die Verbände weisen eine Mitgliederzahl von 1.267.000 Land- und Forstarbeitern auf. In einigen Verbänden, wie England, Holland, Oesterreich, sind die Vertreter der Landarbeiterschaften angeschlossen.

Aus dem mündlichen Bericht des internationalen Sekretärs H. M. K. G. Holland, ging hervor, daß neben andern auch Aufnahmeanträge von Landarbeiterorganisationen in Bulgarien und Bulgarien. Das Schreiben der russischen Organisation kam aus Berlin. Die bulgarische Organisation war bei der bulgarischen gewerkschaftlichen Landzentrale unbekannt. Auf die Anträge des Sekretärs, ob die fraglichen Organisationen der Amsterdamer oder Moskauer Richtung angehören, kam eine ausweichende Antwort. Die Aufnahme wurde daraufhin abgelehnt. Einem Wunsche der Loge zuvor in Wien zusammengetretenen Wärtnerorganisationen verschiedener Länder, dem Landarbeiterkongress als Gäste beizutreten zu dürfen, wurde stattgegeben, die Frage des Beitritts zur Landarbeiterinternationalen dem Exekutivkomitee überlassen.

### Leben • Wissen • Kunst

#### Theater

Schauspielhaus. Gerhart Hauptmanns Kollegen Crampton rechnete sich zu den erfolgreichsten Komikern seit 1850. Hier ist es viel Gefühl, so viel ungewöhnlich echte Innerlichkeit, so viel schwingende Stimmung, daß Wärme, Teilnahme, Mitbewegungen viel von selbst sich einstellen müssen. Die Aufführung des Hauptmanns bringt das einigermassen, jedoch nicht so stark gewagt, wie es möglich wäre. Das liegt zunächst an Alfred Webers Crampion; ohne einen Hauch von Lieberlichkeit oder Ironie: ich bewundere Webers, wenn er dergleichen Rollen spielt, bewundere ihn, weil er da Beweise höchsten Könnens ablegt; aber das innere „Sein“ dieser Gestalt, ihre Wärme, Herabkunft, Ehrenhaftigkeit, Größe ist ihm mit diesen Stiegeln verlohren; auswendig „gehört“ er sogar. Darüberhinaus erklärt er die Atmosphäre. Paul Paulsen als Adolf Ströhler — es ist wunderbar, gewisse Schauspieler sind immer gut, und doch kann man von ihnen kein richtiges Bild gewinnen. Für mich gehört Herr Paulsen zu diesen. Ich habe nicht das Geringste gegen seine Darstellung, die klar, einfach, gefeilt und (was heute so angesehen werden) mit dem nobelsten Eifer durchgeführt ist (keine Schwankungen, sondern der Regie mehr als ihm anzukleben). Aber selbst, ich verfolge Paulsens Leistungen noch am gleichen Abend. Es ist, als ob irgend eine ganz kleine, gleichwohl ganz unwichtige letzte Schwärze ihnen verbleibe, die in Wahrheit doch erst das Ganze gelben und klingen machen würde. G. H. Kufert und Gerda Bakula selbst die Regie, die ohne viel Mühe aus ihren Mitteln — verwirklichte Regie herauszubringen. Nach langem Schien die Regie sich mehr auf die Darsteller verlassen zu haben als die Darsteller auf die Regie. Rein glücklicher Einbruch. ws

Im Opernhaus gab Max Hirtl am Montag zum erstenmal den Postmann. Er sang ihn mit Schwung und rhapsodischem Flus und stellte ihn lebendiger, natürlicher, sinnlicher als die bisherigen Darstellungen. Hirtl wird gut tun, seine Stimme immer noch unter Kontrolle zu halten und das sogenannte Kopfregister zu pflegen. P. H.

#### Dresdner Kalender

Theater am 24. August. Opernhaus: Tristan und Isolde (21.). Schauspielhaus: Volantenna (74.). Volkshaus: Nr. 14784 bis 14788. — Reichthaler Schauspielhaus: Der Richter von Bethel (74.). — Reithaus-Theater: Der Kampf um die Freiheit (74.).

Eine Reihe von Anträgen betr. Bildung von Industrieverbänden (Zusammenfassung von der Metzgerei bis zur Gelbweberarbeit), Organisation der Kleinbauern und Pächter, obligatorische Fachschulbildung, Anschlag der Quisquilien an die Landarbeiterorganisationen, Zusammenfassung der Land- und Gartenarbeiter und ähnliche sind verpöndelt eingereicht, weshalb eine Stellungnahme der angeführten Verbände unmöglich war. Auf Antrag Paul (Deutscher Landarbeiterverband) wurden sie dem Exekutivkomitee zur Vorbereitung für den nächsten Kongress überwiesen.

Schmidt (Deutscher Landarbeiterverband) begründete den Antrag der deutschen Delegation, in dem nach einem Redner über die Abhebung der Arbeitszeitregelung von der Tagesordnung der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf deren Behandlung spätestens im Jahre 1923 verlangt und die Landarbeiterorganisationen aufzufordert werden, allen Nachdruck auf die Durchführung der in Genf betr. Schutz der Landarbeiter, Frauen und Kinder, des Koalitionsrechts und der Sozialversicherung gefassten Beschlüsse in den einzelnen Ländern zu legen. Es soll durch eine in allen Ländern gleichmäßig eingehende Organisation aller organisierten Landarbeiter die Durchführung eines polen, geschäftlichen Arbeiterschutzes in die Wege geleitet und auf die Regierungen und die den Arbeitern nachstehenden politischen Parteien in diesem Sinne eingewirkt werden. Die übrigen Anträge eingehende Aussprache bildete den Höhepunkt der Verhandlungen. Von zwei Seiten wurde bemängelt, daß noch keine Einigung über die Frage der Arbeitszeit erfolgt sei und dem Exekutivkomitee eine baldige Entscheidung darüber verlangt. Von der polnischen Delegation gegenüber, er habe ein von der polnischen Regierung ihm angetragenes Mandat als Regierungskommissar für Genf abgelehnt, wies Paul darauf hin, daß die Vertreter der organisierten Landarbeiter jeden ihnen gebotenen Einsatz im Interesse der Verrückung der Landarbeiter bemüht müßten. Während Duncan, Schottland, glaubt, die Verantwortung als Regierungskommissar abnehmen zu müssen, tritt Korawik, Oesterreich, der Auflösung von Paul bei, schließlich auch der polnische Delegierte Krapinski, der bei der

polnischen Gewerkschaftskommission in diesem Sinne vorstellig werden wird. Der deutsche Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein englischer Antrag, der für die Internationale Landarbeiterföderation in allen Körperlichkeiten und Konferenzen, die sich mit der Lösung landwirtschaftlicher Fragen vom internationalen Gesichtspunkte aus befassen, eine angemessene Vertretung verlangt. Zugestimmt wurde ferner einem Antrag Holland, der dem Exekutivkomitee die Prüfung der Möglichkeiten aufgab, wie durch internationale gesetzliche Maßnahmen die durch die fortwährenden Angriffe der Arbeitgeber in der Landwirtschaft auf Löhne und Arbeitsbedingungen eingeleitet werden kann. Einmütig protestierte der Kongress gegen den Terrorismus der Faschisten in Italien, der sich ganz besonders gegen die Landarbeiterorganisationen ausstößt, ohne von der italienischen Regierung ernstlich gehindert zu werden, sowie gegen das Vorgehen der russischen Sowjetregierung gegen die Sozialrevolutionäre, und stellt sich in einer weiteren Entscheidung in den Kampf gegen den Militarismus an die Seite der Industriearbeiter.

Als Sitz des Sekretariats wurde Holland, als Sekretär H. M. K. G. Holland, wiedergewählt. Das Exekutivkomitee wird um einen Sitz vermehrt und auf Vorschlag Krasnik (Deutscher Landarbeiterverband) werden Smith, England, Niemstra, Holland, Schmidt, Deutschland, Levinson, Dänemark, Frau Moberli, Italien, und Krapinski, Polen, gewählt.

Zobann berichtete Krasnik, Deutschland, über die Beratungen des Komitees zur Festsetzung der Beiträge, die jeder sein Ergebnis beigetragen hätte. Der von Deutschland gemachte Vorschlag, die Beiträge auf 2 pro Tausend zu erhöhen, sei abgelehnt. Es bleibe also bei dem bisherigen Stand. Da aber die größten Organisationen sich in den belustigenden Ländern befinden, werden diese sich über eine angemessene Erhöhung ihrer Beiträge verständigen, um das Sekretariat leistungsfähiger zu machen. Nach einem tiefempfindenden Schlußwort des Vorsitzenden Smith, England, wurde der dreitägige Kongress, der Arbeit zu neuer Ausdehnung und Festigung der Landarbeiter-Internationalen leistete, geschlossen.

## Das geknickte Auto

### Ein Beitrag zur Zeitgeschichte

In dem neuesten Heft der Glode berichtet der auch als Dramatiker weitesten Kreisen bekannt gewordene praktische Arzt Dr. Friedrich Wolf dessen Drama „Das knickte Auto“ dem Dresdner Landestheater mit bestem Erfolg aufgeführt wurde) ausführlich von einem Fall heimlicher politischer Rache und juristischer Verhörsweise, den man nicht für möglich halten würde, wenn er nicht allernächst belegt würde.

Als im Jahre 1920 die Arbeiterkassette von Kemscheid das im Namen Kapps aufgetretene Freikorps von Kigow aus der Stadt vertrieben hatte, fielen einige Angehörige dieses Korps und irreführte Bürgerkämpfer der aufgeregten Menge in die Hände. Nur mit eigener Lebensgefahr gelang es mehreren Arbeiterführern, zu denen auch Dr. Friedrich Wolf gehörte, diese Gefangenen vor einer vorläufigen Hinrichtung zu retten. (Man vergleiche hiermit die Morde der Würzburger Studenten und andere Handlungen der Rechtsgeschichteten.) Eine nach Kemscheid gesandte Regierungskommission unter dem demokratischen Abgeordneten Erlesen erkannte die Befreiung und Mäßigung der Arbeiterkassette ausdrücklich an.

Raum war die Stadt in Ruhe, so kamen neue Nachrichten: das bayerische Korps Epp rüde zu einer Strafexpedition heran und wolle sich mit dem Kappkorps zuschließen. In der zentralen Leitung in Offen ist es zuzuführen, daß wilde Aktionen und Streiks verhindert wurden. Diese Leitung wurde dann von der Regierung und ihrem damaligen Kommissar Sebering an den freiwilligen Abdrück der Arbeiterkassette was das Ergebnis. Der Vermittlung der Offener Leitung ist es auch zu danken, daß das Industrie- und Ackerland nicht zum Schauplatz wilder Kämpfe wurde, daß Millionen an Werten nicht zerstört wurden. Zu den Sessungen dieser Offener Leitung wurde der Chronist als Mitglied des Kemscheider Vollzugsausschusses mehrfach abgeordnet. Da keine Flüge fahren, hat er mit den andern Delegierten eines der Autos, die dem Vollzugsausschuss zur Verfügung standen, bemist. Heute, nach zweieinhalb Jahren, erhält er durch das Landgericht Elberfeld folgende Klage: der Firma Bergische Stahlindustrie, Gussstahlfabrik in Kemscheid zugestimmt:

Es wird beantragt, das Landgericht wolle die Beklagten verurteilen, an die Klägerin 75.281,47 M. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem Tage der Klage zu zahlen.

Gründe:

Die Beklagten waren Mitglieder des Kemscheider Aktionsausschusses, der während der Kapp-Insurrektion in Kemscheid die

tarifliche Gewalt in Händen hatte. Gestützt auf seine damaligen Machtverhältnisse hat der Aktionsausschuss einen im Eigentum der Klägerin stehenden Lastkraftwagen und Bughaufkraftwagen in die Besitzhände des A. W. bei der Festsetzung der Wagen keine unmittelbare körperliche Gewalt angewendet haben, so hat andererseits die Klägerin die Wagen nur unter dem Druck und Zwang der damaligen Verhältnisse, die die Freiheit der Willensbetätigung aufhoben (!), herausgegeben. Ein solcher die Freiheit der Willensbetätigung aufhebender Zwang steht aber der unmittelbaren Gewaltanwendung gleich (Jur. Wochenchr. 1922). Mit hin (!) sind die Kraftwagen der Klägerin mit Gewalt widerrechtlich von dem A. W. weggenommen worden. Zur die gemachten Feststellungen, Resurrektion sowie die „Hebrestunden der Chauffeurs“ verlangt die Bergische Stahlindustrie auf dem Wege der gerichtlichen Klage 75.281 M.

Das ist so unanständig für den unjuristischen Menschenverstand und erscheint mir gerade so, wie wenn eine freiwillige Wehr einen Brand löst und der Hausbesitzer nachher Schadenersatz fordert für zwei Fensterweiden, die durch den Strahl der Feuerspritze eingedrückt wurden.

Die Bergische Stahlindustrie ist eines der größten Industrieunternehmen Deutschlands; in ihr sind hunderte Millionen investiert. Sie hätte, um die 75.000 M. zu zahlen, das Zuzuschußbedingte heranzuziehen können. Aber sie hat nach den Namen der fünf Arbeiterführer geradezu geschrien; nach zweieinhalb Jahren! Es kam ihr offenbar darauf an, ein Exempel zu statuieren, Strafbüßen gegen den Wagen zu erteilen. Dies Verfahren ist psychologisch das denkbar tödlichste, das sie anwenden konnten. Die Erbitterung, die sie durch diese gehässige Kleinlichkeit erzeugt, die Klust, die sie um einige Post verleiht, das alles kann sie bei einem der nächsten Lohnkämpfe und Streikbeschlüsse wesentlich teurer zu stehen kommen als der Erhalt oder Nichterhalt der 72.000 M. Benzinerverbrauch, wesentlich teurer, als der Konfortstand eines Synthesich sich träumen läßt. Man vergleiche hiermit die englische Arbeiterpolitik. Unsere Industrie ist die Spitze des Arbeiters noch immer eine leere Null in ihren Berechnungen. Sie sind Krämmer, aber keine Politiker, keineswegs Realpolitiker!

Ich bestaune diese Arglist, wie ich es während des Kapp-Zustandes nicht begreifen konnte, daß Söhne von Arbeitgeberern sich einer fremden willkürlichen Soldnertruppe zur Verfügung stellen, um auf die Arbeiter ihres eigenen Wertes zu schließen. Wir lamentieren über die Verblendung der Franzosen. Machen wir zuerst im eigenen Haus die Augen auf!

Friedrich Wolf

### Kleine Mitteilungen

Der Otterbein. In das Herausgeberkontingent der jetzt in vermehrtem Umfang monatlich erscheinenden Zeitschrift Der Otterbein (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68) sind neu eingetreten: der frühere Kultusminister Konrad Haentisch, der Staatssekretär und Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz, Dr. phil. Richard Lehmann, die Reichsgerichtspräsidentin Frau Maria Schim-Schuch, und der bekannte Hygieniker Prof. Dr. Alfred Grotzsch. Die sich schon in der Julinummer mit eigenen Beiträgen beteiligt haben. Die Redaktion liegt nach wie vor in den Händen des Redaktors M. Pauli und des Bases des Otterbein-Gedankens Konrad Haentisch, und Euphrasie Wille. Der Mitarbeiter Dietrich Bernhardt hat ein neues Mitglied des Otterbein, das auf neue ein Bekanntnis ablegt für den republikanischen Staatsgedanken, den sie durch gemeinsame Arbeit von Eltern und Lehrern, immer fester in der heranwachsenden Jugend verankern will. Der Verlag sendet Interessenten auf Wunsch Probeummern.

Der internationale Telegraphenwestreit in Berlin, ist nach dreitägigen Kampf am Sonntag zu Ende gegangen. Ungesamt sind vom Preisrichterkollegium 72 Preise verteilt worden, von denen 26 nach Deutschland gefallen sind. Den Meisterschaftspreis erhielt Schindler (Wien), der in zwei Systemen zu den ersten Preisträgern gehörte. Die Preisurteile waren wie folgt verteilt: Soudo-Länderpreis an Italien, Morse- und Klopfer-Länderpreis an Italien, Leuten-Länderpreis an Deutschland, Hughes-Länderpreis an Deutschland, Funkensender-Länderpreis an Deutschland und Whetstone-Länderpreis an Dänemark.

Eine kleine Wänterzusammenkunft kann im Verlaufe dieser Woche am Abendmahl beobachtet werden. Der Mond, der am 22. noch als Keimling unklar ist, wandert am 23. an Merkur, am 24. an Saturn, nach Venus und am 26. an Jupiter vorbei. Nach Mars, den der Mond am 30. erreicht, steht nicht fern. Als für das bloße Auge sichtbaren Wandelstern sind daher jetzt am Abendmahl versammelt. Besonders auffällig ist die schnelle Wanderung der Venus, die am 16. in Konjunktion mit Saturn und am 27. in Konjunktion mit Jupiter steht. Am 31. nähert sie sich übrigens dem Jupiter dem Junger. In diesem Sternbild (Wien) sieht man die Doppelsterne bis auf eine Gesamtweite ab.

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a sidebar, containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin, likely from an adjacent page or a sidebar, containing various small notices and advertisements.

### Der Friede von Vörsingen

München, 22. August. Heute nachmittag hatte der Ministerrat eine Sitzung, zu der auch die Führer der Koalitionsparteien des Landtages hinzugezogen waren. Gegenstand der Beratungen waren die letzten Vereinbarungen, die in Berlin in der Angelegenheit der Geleise zum Schutze der Republik getroffen worden sind. Der Ministerrat und die Führer der Koalitionsparteien haben sich dahin geeinigt, daß das Ergebnis der letzten Berliner Verhandlungen anzunehmen ist.

Der bayerische Gesandte v. Proger ist gestern nachmittag beim Reichskanzler erschienen und hat ihm die Zustimmung der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien zu den Ergebnissen der Berliner Verhandlungen mitgeteilt.

### Verbandstag der Lederarbeiter

Die Jubiläumstagung des Zentralverbandes der Lederarbeiter begann am Sonntag in Stuttgart mit einem feierlichen Begrüßungsabend.

Am Montag früh begannen seine geschäftlichen Verhandlungen. Den Ausschussbericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Rabler. Er gab einen Überblick über den Aufschwung des Verbandes in den letzten drei Jahren und machte auf die Notwendigkeit einer neuen Beitragssteigerung als Folge der Gehaltssteigerung aufmerksam. Die Form der Erhöhung sollte er für neue Beitragssteigerung ab, weil man damit schlechte Erfahrungen gemacht habe. Der Redner erwähnte ferner, die erweiterte Verbandstagung vom vorigen Jahre, auf der die formale Einheitsbildung entschieden verurteilt worden war. Die Beteiligung an der Arbeitgemeinschaft sei keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitfrage. Sie hänge von der Entwicklung der Verhältnisse ab. Man könne auf die Arbeitgemeinschaften vielfach verzichten, wenn erst die geschäftlichen Verhältnisse vollständig zusammengefallen werden. In der neuen Gewerkschaftsjahresversammlung hat sich der Verband mit 600 000 M. beteiligt. In der Jahresversammlung hat sich der Vorstand die größte Mühe gegeben, weiterzukommen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß für eine Verschmelzung mit dem Schuhmacherverband kein Bedürfnis besteht, da beide Industrien voneinander gar nicht abhängig sind.

In seinem Jahresbericht machte der Kassierer Bod heraus aufmerksam, daß trotz den gewaltig gestiegenen Einnahmen im letzten Jahre 7 Millionen 700 000 M. und dem großen Vermögen von 10 Millionen am Ende des Jahres 1921) die finanzielle Stärke doch nicht dieselbe sei wie vor dem Kriege. Eine große Lohnsteigerung würde das Vermögen rasch aufzehren, zumal man die Unterhaltungs- und Beweismittel gestalten und jeweils der Leistung anpassen müsse. Nach dem Bericht des Verbandsauschusses konnte der Kassierer Biele zu seiner Bemerkung feststellen, daß nur wenige und unzureichende Beschwerden gegen die Revision eingelaufen sind. Mit Rücksicht darauf wurde die Verlesung eines Glückwunschschriftens vom Vorstand des A. D. G. B. an den Jubiläumstag beschlossen. Den Rest der Tagungsarbeiten nahm der Bericht der Statuten- und Organisationskommission über die zum Verbandsbericht vorliegenden Entwürfe in Anspruch.

### Gewerkschaftsbewegung

#### Die neuen sächsischen Gemeindefacharbeiterlöhne

Die Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeindefacharbeiter, dem Metallarbeiterverband und dem Zentralverband der Deutscher und Reichsdeutschen führten zu folgender Einigung: Am 18. August 1922 wird der Spitzenlohn für Handwerker über 21 Jahre in Ostklassen A von 33 M. auf 42,80 M. erhöht. Die Festsetzung der übrigen Löhne wird auf Grund der Vereinbarung vom 4. Juli 1922 mit Veränderung vom 2. August 1922 für den Lohn von ungelernten Arbeiter vorgenommen. Diese Regelung gilt bis auf weiteres, mindestens bis 31. August 1922. Die Lohnsteigerung ist nur auf diejenigen anzuwenden, die am 31. August 1922 noch im Gemeindefachdienst stehen.

Tabelle der Löhne ab 18. August:

	A	B	C
Handwerker über 21 Jahre	42,80	41,10	39,40
Angelernte 21	40,70	39,00	37,40
Ungelernte 21	38,40	37,00	36,00
Facharbeiterinnen über 21 Jahre	28,50	27,40	26,80
Arbeiterinnen über 21 Jahre	25,70	24,70	23,60
Reinigungsfrauen über 21 Jahre	23,50	22,60	21,70

Winterbeihilfe 1 M., Ehefrauenbeihilfe 0,25 M. für die Stunde.

Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer hat dem Ergebnis zugestimmt. Die Kommission des Arbeitgeberverbandes hat sich jedoch bis zum 24. August, mittags 12 Uhr, die Zustimmung des Verbandes vorbehalten.

#### Lohnender Nebenberdienst

Von der Bezirksgruppe Pirna des Zentralverbandes der Angestellten erhalten wir nachfolgende Seiten mit der Bitte um Veröffentlichung.

Das übliche Mittel, das Einkommen des Arbeitnehmers zu erhöhen, ist zweifellos der sogenannte Nebenberdienst. Deshalb bemühen sich die Gewerkschaften allerorten, die Löhne und Gehälter zu erhöhen, daß der Nebenberdienst nicht notwendig ist. Und doch gibt es „Gewerkschaften“, die den Nebenberdienst fördern, fördern, ja ihn sogar in den Dienst des Mitgliedererfolges stellen. Die Ortsgruppe Niederschlesien des Gewerkschaftsbundes der Angestellten schreibt unter dem 3. August an ihre „sehr geehrten Mitglieder“ u. a.: „Beitrag Material ist jederzeit bei der Ortsgruppe zu haben. Für jede Neuaufnahme erhalten Sie 10 Mark... Also, Kollegen und Kollegen, frisch gewagt, ist halb gewonnen.“ (1)

Der Angeleitete, die ihr im G. d. R. sehr oder demnächst gewonnen werden, jetzt nicht ihr, was ihr wert sein! 10 Mark pro Stück. Bei der heutigen Latuta allerdings ein bißchen wenig.

#### Zum Hainberger Glasarbeiterstreik

Der Streik bei der Firma Sander u. Comp. in Hainberg, dem Hauptbetriebe des Verbandes Deutscher Werkstoffglasindustriellen wurde von den Streikenden abgelehnt. Die Inhaber fordern, daß erst die Arbeit aufgenommen ist und dann verhandelt werden soll. Als Verhandlungsbasis schlagen sie anstatt der bewilligten 20 Prozent auf die Stundenlöhne unter 15 M. 40 Prozent vor, auf solche falls abgelehnt wird. Diese Verhandlungsbasis wurde ebenfalls abgelehnt und die Streikenden halten ihre ausgesetzten durchgehenden Forderungen in vollem Umfange aufrecht. Die Arbeiterchaft von Hainberg und Umgebung wird erneut ersucht, strengste Solidarität üben zu wollen.

#### Zentralverband der Glasarbeiter

Schlechte Dreck und Angebung.

#### Die Weiden beschwerten sich

Die Zentralstelle holländischer Verbände hat an den Reichspräsidenten eine Beschwerde über den Reichsarbeitsminister Krauss gerichtet, weil dieser es abgelehnt hat, den Reichsarbeitsverband deutscher Werkschleifer Verbände (die Spitzenorganisation) in der bei gelbem Weiden und Schleifer sich zusammenschließen, in der die gelben Weiden und Schleifer sich zusammenschließen, als eine gemäß Art. 150 der Reichsverfassung gebildete wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern anzuerkennen und ihn in gleicher Weise wie die anderen Spitzenorganisationen als Arbeitsgemeinschaft zu behandeln. Dieser habe der Reichsarbeitsminister erklärt, daß der Koalitionsvertrag nicht unter allen Umständen vorerzählt sei. Wenn es die Oberzinsen geläutet, noch einmal eine Beschwerde darüber zu empfangen, was sie den allen wirklichen Arbeitnehmern unerschickel, ja mögen sie ihnen Weiden

## Litauen fordert das Memelland

Der litauische Minister Jurgutis hat folgende Note in Verantwortung der letzten Note der Vörsingerkonferenz bezüglich der Anerkennung Litauens de jure an den Vorstehenden Poincaré gerichtet:

Die litauische Regierung hat mit großer Genugtuung die Note der Vörsingerkonferenz bezüglich des Beschlusses der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans, die litauische Regierung de jure anzuerkennen, begrüßt.

Hinsichtlich der Bedingungen, mit welchen die Vörsingerkonferenz diese Anerkennung zu verknüpfen für erforderlich hält, beziehe ich mich folgendes zu erklären:

Die litauische Regierung, die die Entschädigungen der Konferenz von Barcelona, darunter auch das Statut über die internationalen Wasserstraßen, unterzeichnet hat, hat ihr Einverständnis mit dem Grundsatz der Notwendigkeit der freien Schifffahrt erwiesen. Infolgedessen ist ihre Bereitwilligkeit aus, die Bestimmungen des Vertrages von Versailles, soweit sie sich auf die Schifffahrt auf der Memel beziehen, in vollem Umfange anzunehmen und zu respektieren.

In Anbetracht dessen, daß diese Bestimmungen des Vertrages von Versailles nur in Friedenszeiten angewandt werden können, wird die litauische Regierung nicht verärgert, sie zu realisieren, sobald Polen, das ungenügend seiner feierlichen Verpflichtungen an Litauen einen Teil des litauischen Gebietes besetzt hält, seine Unterwerfung bestätigen und auf diese Weise Litauen die Möglichkeit geben wird, gegenwärtige freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und die freie Schifffahrt auf der Memel zu eröffnen.

Die litauische Regierung spricht auch die Überzeugung aus, daß nach der Anerkennung Litauens de jure seitens der Alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten keine Hindernisse mehr für den Anschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen werden.

Die litauische Regierung erinnert mit Dankbarkeit an die Antwort der Alliierten Mächte an die litauische Delegation der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1918, in der seitens der Alliierten erklärt wurde, daß „das erwähnte Gebiet stets litauisch war“ und daß „Memel und sein Gebiet den Alliierten und Vereinigten Staaten in Obhut gestellt wird, bis das Statut des litauischen Staates festgelegt wird“.

bekommen. In dieser Beschwerde an den Reichspräsidenten wird der Nationalverband deutscher Berufsverbände schon genügend gekennzeichnet durch die Gesellschaft, in der er sich befindet. Die Beschwerde ist nämlich unter anderem auch noch von folgenden Organisationen unterzeichnet worden: Deutscher Ordnungsbund; Deutscher Arbeiterverein; Deutschnationaler Arbeiterbund; Deutschnationaler Bau- und Krugbau; Eisenbahnerbund; Jungdeutscher Nationalverband deutscher Offiziere; Reichslandbau usw. Da sollen nur noch die Organisation C. der „Stahlhelm“ und die verschiedenen anderen Wehrverbände, die in der letzten Zeit zu einer so besonderen Bekanntheit gekommen sind.

Die Tarifverhandlungen im Dresdener Großhandel sind gescheitert. Daraus hat der Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung vom 22. August einen Schiedsspruch gefällt. Das Tarifabkommen auf Grund des Schiedspruchs ist dem Zentralverband der Angestellten, Rügenbergstr. 6, gegen Zahlung von 4 M. zu begeben. Bei Zuführung durch die Post ist das Rückporto beizufügen. Am 24. August, 7 Uhr, findet im Hotel Drei Raben, Pariserstraße, eine Tagung der Angestellten statt, in der auch die Tarife festzulegen sind. Das Mitgliedsbuch ist am Sonntag vorzugeben.

Die Tarifverhandlungen in der Schweren-Industrie zwischen den Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberverband haben am 22. August zu einem Ergebnis geführt. Die Tarifabkommen sind zum Teil: vom 4 M. bei Zuführung durch die Post ist Rückporto beizufügen) beim Zentralverband der Angestellten, Rügenbergstr. 6, erhältlich.

Die Verhandlungen über die neuen Lohnbedingungen der Bergarbeiter beginnen am Donnerstag in Berlin. Die Arbeiterorganisationen beschließen, eine Erhöhung der Schichtlöhne um 18 bis 140 Prozent zu fordern. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen sollen Verhandlungen über ein Leberfischabkommen erfolgen. Eine Vertretung der Bergarbeiter-Internationalen, bestehend aus je einem Engländer, Deutschen, Belgier und Franzosen, wird sich entsprechend einem Beschluß des Bergarbeiterkongresses in Frankfurt a. M. nächstens nach Berlin begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu erstatten. Der Zweck dieses Vorgehens ist, eine Milderung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationskohle zu erzielen.

Im Berliner Brauereiwesen ist jetzt eine Lohnbewegung abgebrochen worden. Die Wochenzölne wurden durchschnittlich um 400 M. erhöht. Dieses Abkommen hat in der Industrie für einige Wochen Geltung. Als Folge der neuen Lohnsteigerung und der fortwährenden Steigerung der Rohmaterialien wurde eine neue Preiserhöhung für Bier beschlossen, über deren Ausmaß noch Stillschweigen beobachtet wird.

### Aus aller Welt

**Auf dem Van verschüttet**  
Bei Bauarbeiten, die an einem Hause in der Weinschloßstraße in Berlin vorgenommen wurden, stürzte eine Hausmauer ein und begrub unter ihren Trümmern vier Arbeiter, von denen einer sofort verstarb, während ein zweiter sehr schwere Verletzungen erlitt. Die beiden andern sind mit leichten Wunden davongekommen.

### Zugabsturz im Gebirge

Kölnheim, 22. August. Auf der Wendelsteinbahn ereignete sich ein schwerer Zugabsturz. Auf unbekannter Ursache stürzte ein Zug unterhalb des Bergstetels an der sogenannten Reindlscharte um. Gegen 80 bis 40 Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Eine Person, die aus dem umstürzten Zug heraussprang, stürzte die Felswand hinab.

### Die Unfallschaden Fahrzeugwerte zerbröckeln

Dresden, 22. August. Heute nacht wurden die Unfallschaden Fahrzeugwerte (Kittungsstellen) Robert Krause in Jönitz durch ein riesiges Unwetter größtenteils zerstört. Die hauptsächlich mit der Herstellung von Motorwagenhängen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigten Werke sind stillgelegt. Etwa 200 Arbeiter sind Beschäftigungslos.

### Opfer der Berge

Nach einer Innsbrucker Meldung sind der Innsbrucker Arzt Dr. Ozmann und der Hochschüler Schmidt aus Würzburg unterhalb der Wettersteinwand tot aufgefunden worden.

### Die Not der Jugend

Heidelberg, 22. August. Bei einer Unterredung von 4000 Schulkindern durch den Schulrat sind insgesamt 2613 Kinder, das sind 60 Proz., mehr oder weniger krank befunden worden.

### Das Ende eines Festes

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Königsberg sind das Heimfest in Kleinmarxhausen eine einzigen Abschluß. Heute um 12 Uhr luden die Festteilnehmer, aus dem Narren-See nach Hause. Während der Fahrt schlug das eine Ruderschiff um, in dem sich acht junge Leute befanden. Die Insassen fürzten ins Wasser. Dabei ertranken sechs Personen, drei junge Männer und drei Mädchen.

In Anbetracht dessen, daß diese Bestimmung mit der Anerkennung Litauens de jure realisiert wird, hofft die litauische Regierung, daß die Regierungen der Alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten den Entschluß fassen werden, Litauen entsprechend dem § 99 des Vertrages in Versailles sämtliche Rechte und Titel auf das Memelgebiet zu übertragen.

Die Vörsingerkonferenz hat vollkommen recht gehabt, als sie behauptete, daß das Memelland und die jenseits der einseitigen deutsch-litauischen Grenze liegenden Gebiete wirklich eigentlich eine Einheit bilden. Aber der Stich durch Litauen ist Jahrhunderte alt, und in dieser Zeit haben sich die beiden Teile des Volkes ganz verschieden entwickelt. Diese Wahrnehmung machte jeder deutsche Soldat, den der Krieg über Preußen weiter nach Nordosten hinaufführte. Das heißt, während Litauen fast ganz unter dem Einfluß Polens, mit dem es seit dem Reichstage von Lublin im Jahre 1569 vereinigt war, die Bevölkerung gehörte polnisch und kulturell zu Ostpreußen, das seinerseits wieder, ob auch lange Zeit polnisch geblieben, seit der Niederwerfung der eingeborenen Pruzzen durch die Kreuzritter durchaus deutsches Land war. Im deutlichsten zeigt die Zusammenhänge der Religionsunterschied zwischen den Litauern Litauen und Preußen. Denn fast wie auch die Polen, der römisch-katholischen Kirche treu geblieben, diese haben sich der Reformation angeschlossen. Jergendwelches Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den getrennten Mitgliedern des gleichen Volkes besteht längst nicht mehr. Beweis dafür ist das Ergebnis der Abstimmung, die vor einiger Zeit im Memellande vorgenommen wurde. Fast einstimmig haben die Bewohner den Anschluß an das neu gebildete unabhängige Litauen abgelehnt. Sie haben, da eine Rückkehr zu Deutschland nicht in Frage kam, den Wunsch geäußert, ihr Gebiet möge, wie Danzig, freistat werden. Hier noch rein akademischen ethnischen Gesichtspunkten handeln und ein paar Hunderttausend Menschen wider ihren Willen einem Volke, mit dem sie innerlich nichts mehr gemein haben, angliedern, hieße einen an sich richtigen Grundgedanken durch allzu starre Anwendung in Unfassen umkehren.

### Neueste Telegramme

#### Bergarbeiterinternationale und Reparationskohle

Eine Vertretung der Bergarbeiterinternationalen, bestehend aus je einem Engländer, Franzosen, Belgier und Deutschen, wird sich entsprechend einem Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses von Frankfurt a. M. demnächst nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu erstatten. Die Bergarbeitervertreter treffen vorher in Bochum zusammen, um das deutsche Material zu prüfen und zusammenzustellen. Der Zweck dieser Aktion ist, eine Erleichterung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationskohle zu erzielen.

#### Die Fallhänger von Sachau

Der Reichsanwaltsschreiber ist es nach langwierigen Ermittlungen jetzt gelungen, den Hersteller und den Vertrieber gefälschter Tausendmarkscheine zu ermitteln und festzunehmen, die ihre Erzeugnisse in vielen Städten umfingen.

Schon am 21. Dezember 1921 wurden in Berlin falsche Tausendmarkscheine angehalten, die aus dieser Werkstatt stammten. Im ganzen waren 80 solcher falschen Tausendmarkscheine durch die Kontrolle der Reichsbank gegangen. Sie hatten ein vermishtes und unklares Aussehen des grünen oder auch roten Stempels. Geprüft wurden meistens Zigaretten- und Lebensmittelgeschäfte. Die Vertrieber gingen so geschickt vor, daß es längere Zeit nicht möglich war, eine Personalbeschreibung der Verursacher zu erhalten. Als in einem Falle eine Verkäuferin von einem Herrn einen solchen Schein beantragte, betrat ein zweiter Mann das Geschäft, machte kleine Einkäufe und mischte sich unauffällig in die Unterhaltung. Er ließ sich den Schein zeigen und blickte ihn mit einem eigenen Blick an. Die Verkäuferin wachte er so zu zerstreuen, daß diese dem Schein dann auch in Zahlung nahm. Dieser zweite Mann war natürlich nur ein Spielzeuge des Falschgeldvertriebers. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten jetzt zur Festnahme zweier Vertrieber, eines Kaufmanns Richard Herzog in Siedlitz und eines Inspektors Fritz Petermann in Sachau, einem nur 1100 Einwohner zählenden Ort bei Elstertal. Dieser kleine Ort barg auch die Fälscherwerkstatt. Sie wurde bei einem Photographen Otto Scheel entdeckt, der sie in seinem Atelier zum Teil in Gegenwart des Petermann angefertigt hatte. Beide galten im Ort als angesehenen Geschäftsmänner.

### Der Dollar 1488,20

Berlin, 23. August. (Kundlich.)

	28. 8.	28. 8.	22. 8.	22. 8.
	Gold	Brief	Weib	Brief
Holland	100 Gulden 5482,5	5647,0	5058,6	5071,8
Dänemark	100 Kronen 3126,8	3189,0	2804,8	2813,0
Schweden	100 Kronen 8852,0	8948,0	8870,8	8848,0
Norwegen	100 Kronen 2518,0	2518,4	2257,7	2268,2
Schweden	100h. Mark 3098,10	3108,90	2678,05	2688,25
Schweden	100 Frank 2750,5	2784,8	2478,9	2486,0
Wien (Oesterreich.)				
abgefl.	100 Kronen 1,65	1,72	1,53	1,57
Weg.	100 Kronen 5088,65	5081,85	3895,0	4005,0
Österreich	100 Kronen 8450,0	84,1	78,90	77,10
Brüssel - Antwerpen	100 Frank 10688,8	10915,6	9787,80	9782,20
Spanien	100 Peseten 2256,7	2255,3	2024,0	2020,0
Italien	100 Lire 6486,90	6488,10	5317,0	5322,0
London	1 Pf. Sterl. 6488,90	6488,10	5317,0	5322,0
Reichsdoll.	1 Dollar 1488,20	1441,80	1298,35	1301,85
Paris	100 Frank 11483,8	11484,3	10265,0	10289,0
Buenos Aires	1 Peso 329,82	330,67	470,90	472,10

Berlin, 23. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mark hat heute eine neue Etappe ihrer Rückgangsbewegung erreicht. Der Dollar, der gestern Abend mit 1500 schloß, erreichte mit 1370 einen neuen Höchststand. Die Ursachen dieser rapiden Aufwärtsbewegung lagen vor allem in der ungünstigen Auffassung der Außenpolitischen Lage. In hiesigen Kreisen des berufsständigen Teils der Bevölkerung meinte man trotz des bisher streng durchgeführten Stillschweigens wenig Hoffnung auf günstigen Verlauf der Reparationsbestimmungen. Man glaubt allgemein, daß selbst ein Kompromiß Deutschland wenig Vorteile bringen würde. Bemerkenswert war auch heute der Gegensatz zwischen Leipzig und Berlin. Die tatsächlichen Zahlungsmittel schloßen sich der Dollarbewegung an. Die Effektenbörse ist auch heute wieder als freundlich zu bezeichnen. Die Tendenz ist fest.

### Wasserstände der Weiden, Havel, Eger und Elbe

Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
Wasser	21.	22.	Wasser	21.	22.	
Weiden	Subweil.	20	24	Wasser	21	22
Weiden	Wobran	18	28	Wasser	14	8
Havel	Jungbunzlau	19	15	Wasser	7	8
Eger	Lauter	15	18	Wasser	4	23
Elbe	Wartburg	66	68	Wasser	64	114

Strom des Elbe in Dresden 15% Grab Schiffs.





